

03.3423 - Postulat.

Texte français

Bericht zur regionalen Erschöpfung im Patentrecht

Eingereicht von Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR (WAK-NR)
Einreichungsdatum 24.06.2003
Eingereicht im Nationalrat
Stand der Beratung Erledigt

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen II die Aufnahme von Verhandlungen im Rahmen des existierenden Freihandelsabkommens EG-Schweiz zu prüfen, welche zum Ziel haben, mittels einer qualifizierten Vereinbarung im Patentrecht die gegenseitige regionaleuropäische Erschöpfung einzuführen. Die Aufnahme von Verhandlungen im Bereich der administrierten Preise bei Pharmaprodukten soll separat geprüft werden. Dem Parlament ist bis Mitte 2004 Bericht darüber zu erstatten.

Stellungnahme des Bundesrates 10.09.2003

Es ist jedoch notwendig, die Frist zur Ausarbeitung des Berichtes zur regionalen Erschöpfung im Patentrecht (unter Ausschluss der administrierten Preise im Pharmabereich) bis Ende 2004 zu verlängern.

Erklärung des Bundesrates 10.09.2003

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Chronologie:

03.10.2003 NR Annahme.

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

Zuständig Volkswirtschaftsdepartement (EVD)

Deskriptoren Patentrecht; Freihandelsabkommen; Europäischer Wirtschaftsraum; Parallelimport; pharmazeutisches Erzeugnis; Preisbildung; Preisregulierung; 15;

 Home

04.3164 - Postulat.

Texte français

Patentschutz auf Gegenseitigkeit mit der EU. Erleichterung von Parallelimporten

Eingereicht von Strahm Rudolf
Einreichungsdatum 19.03.2004
Eingereicht im Nationalrat
Stand der Beratung Erledigt

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU zu prüfen, welche zum Ziel haben, eine gegenseitige regionaleuropäische Erschöpfung im Patentrecht einzuführen und damit die preistreibende Behinderung der Parallelimporte aus der EU zu beseitigen. Diese Vereinbarung kann sowohl auf dem Freihandelsabkommen Schweiz-EG von 1972 als auch auf einem neuen bilateralen Protokoll oder Vertrag basieren. Im Falle grosser Probleme im Pharmabereich können Sonderregelungen für Arzneimittel anvisiert werden.

Begründung

Die nationale Erschöpfung von Patenten trägt bei patentierten Produkten in entscheidendem Mass zur Hochhaltung von Importpreisen in der Schweiz bei. Die Preisverteuerung entsteht dadurch, dass bei importierten Gütern mit Patentschutz ein Alleinimporteur oder Alleinvertreiber bezeichnet werden kann, der jeden Parallelimport von patentierten Produkten unterbinden und damit in der Schweiz ein geographisches Vertriebsmonopol errichten kann.

Multinationale Konzerne benützen durch die Praxis der so genannten Marktsegmentierung die hohe Kaufkraft in der Schweiz zur Festlegung höherer Preise für den hiesigen Markt. Diese preistreibende Wettbewerbsordnung ist durch das Urteil des Bundesgerichtes in Sachen Kodak/Jumbo-Markt vom Dezember 1999 noch verstärkt und konsolidiert worden.

Die enormen Preisdifferenzen zwischen der Schweiz und der EU sowie die wettbewerbsbehindernden Wirkungsweisen sind in zwei jüngeren Seco-Studien quantifiziert und bestätigt worden (Rolf Iten u. a.: Hohe Preise in der Schweiz: Ursache und Wirkung. Strukturberichterstattung Seco Nr. 19, 2003; Martin Eichler u. a.: Preisunterschiede zwischen der Schweiz und der EU, Strukturberichterstattung Nr. 21, 2003).

Im Rahmen der Beratungen zur Kartellgesetz-Revision 2001-2003 ist wiederholt darauf verwiesen worden, dass eine regionaleuropäische Erschöpfung im Patentrecht verwirklicht und, basierend auf Reziprozität, mit der EU ausgehandelt werden müsse.

In jüngster Zeit hat die OECD in ihrem Bericht 2003 über die Wirtschaftslage in der Schweiz die Wachstumsbehinderung durch die nationale Patenterschöpfung hervorgehoben. Die OECD schlägt der Schweiz vor, Verhandlungen mit der EU über die Einführung des Prinzips der regionalen Erschöpfung im Patentrecht anzustreben. (OECD Economic Survey Switzerland 2003, Paris, Januar 2004. S. 118f.)

Die Aushandlung einer regionaleuropäischen Patenterschöpfung auf Gegenseitigkeit wäre aufgrund des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EG von 1972 möglich. Eine solche Lösung wäre auch konform zum Gatt/WTO-Recht, welches regelabweichende Vereinbarungen, die auf Verträge vor 1995 zurückgehen, zulässt.

Wir weisen darauf hin, dass die EU die Einführung eines EU-weit gültigen "Gemeinschaftspatents" vorsieht. Dieses ist zwar wegen Sprach- und Übersetzungsproblemen bei Patentschriften in Verzug, aber die Realisierung ist bloss eine Frage der Zeit. Es ist auch aus diesem Grund angezeigt, dass sich die Schweiz im eigenen Interesse und im Interesse schweizerischer Erfinder an einer EU-Patentregelung beteiligt. Zwei Vorteile resultieren für die schweizerische Wirtschaft: Der gewerbliche Rechtsschutz kann mit dem Erwerb des Gemeinschaftspatents für ganz Europa enorm erleichtert und verbilligt werden; zudem werden die Parallelimporte erleichtert und patentrechtlich vorgeschützte Vertikalbindungen gegenüber Importeuren und Alleinvertreibern verhindert.

Stellungnahme des Bundesrates 12.05.2004

Die mit dem vorliegenden Postulat unterbreitete Fragestellung bildet bereits Gegenstand des von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates am 24. Juni 2003 eingereichten Postulates 03.3423, "Bericht zur regionalen Erschöpfung im Patentrecht", das der Bundesrat am 10. September 2003 entgegengenommen hat. Der Bericht ist derzeit in Bearbeitung und wird bis Ende 2004 fertig gestellt werden. Angesichts der Identität der beiden Vorstösse braucht kein gesonderter Bericht ausgearbeitet zu werden, der ausserdem zusätzliche Kosten verursachen würde, auch wenn sich der Bundesrat bereit erklärt, das vorliegende Postulat entgegenzunehmen.

Erklärung des Bundesrates 12.05.2004

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

Chronologie:
18.06.2004 NR Annahme.

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

Zuständig Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Mitunterzeichnende Allemann Evi - Daguet André - Fässler-Osterwalder Hildegard - Fehr Hans-Jürg - Fehr Mario - Hofmann Urs - Hubmann Vreni - Ineichen Otto - Jutzet Erwin - Kiener Nellen Margret - Levrat Christian - Markwalder Bär Christa - Marti Werner - Maury Pasquier Liliane - Meier-Schatz Lucrezia - Müller-Hemmi Vreni - Rechsteiner Paul - Roth-Bernasconi Maria - Sommaruga Carlo - Vollmer Peter - Widmer Hans - Wyss Ursula (22)

Deskriptoren Patentrecht; Parallelimport; internationales Wirtschaftsrecht; Europäischer Wirtschaftsraum; Einfuhrpreis; Vertrag mit der EU; 15; 10;

 Home

Allegato 3

04.3197 - Postulat.

Texte français

Erschöpfung des Patentrechtes. Reziprozität mit der EU

Eingereicht von Sommaruga Simonetta
Einreichungsdatum 19.03.2004
Eingereicht im Ständerat
Stand der Beratung Erledigt

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU zu prüfen, welche zum Ziel haben, mittels einer qualifizierten Vereinbarung die gegenseitig anerkannte regionaleuropäische Erschöpfung im Patentrecht einzuführen, sei es durch Fortentwicklung des Freihandelsabkommens Schweiz-EG, sei es durch einen neuen bilateralen Vertrag. Die Aufnahme von Verhandlungen im Bereich der administrierten Preise bei Pharmaprodukten soll separat geprüft werden.

Begründung

Die Problematik der Hochpreisinsel Schweiz, verursacht durch die Schweizer Marktabschottung, ist seit längerem bekannt. Die Preisdifferenzen bei Importgütern zwischen der Schweiz und den umliegenden europäischen Ländern sind beträchtlich. Der Detailhandel, z. B., muss heute für identische Importgüter durchschnittlich 30 Prozent höhere Preise bezahlen als die umliegenden Länder.

Die volkswirtschaftlichen Folgen für die Schweiz sind folgende:

- die Kaufkraft der Schweizer Haushalte wird geschmälert;
 - der Einkaufstourismus wird gefördert;
 - für die exportorientierten KMU werden die Produktionsbedingungen zusätzlich verteuert und damit deren Exportchancen erschwert;
 - die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft wird geschwächt;
 - die volkswirtschaftlichen Schäden, die sich aus der heute geltenden Regelung ergeben, sind beträchtlich.
- Ein vom Bundesrat in Auftrag gegebenes Gutachten, welches die Vor- und Nachteile eines Systemwechsels zur internationalen Erschöpfung im Patentrecht abzuklären hatte, macht deutlich, dass die Einführung der internationalen Erschöpfung im Patentrecht eine breite, positive wirtschaftliche Wirkung auf die Schweiz hätte.

Diese Einschätzung wird auch von der Wettbewerbskommission (Weko) vertreten (Medienmitteilung der Weko vom 7. März 2003). Nach Auffassung der Weko legen die vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studien einen Systemwechsel von der nationalen zur internationalen Erschöpfung nahe. Nach Auffassung der Weko hätte der Systemwechsel auch keine negativen Auswirkungen auf den Forschungsstandort Schweiz, da die wichtigsten Standortfaktoren für die forschende Industrie von einem Systemwechsel unberührt blieben.

Im Übrigen empfiehlt auch die OECD der Schweiz (Empfehlungen vom Januar 2004), mit der EU eine regionaleuropäische Erschöpfung im Patentrecht anzustreben.

Die internationale Erschöpfung ist vor allem im lateinamerikanischen und ostasiatischen Raum zunehmend verbreitet. Auch Japan kennt die internationale Erschöpfung im Patentrecht. Die EU sowie der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) haben die Erschöpfungsfrage im Patentrecht nach Märkten bzw. Ländern differenzierend geregelt. Auch die Weko hält fest, dass sie, "sollte eine internationale Erschöpfung im Patentrecht trotz allem nicht realisierbar sein", den "Übergang zur regionalen Erschöpfung als zweitbeste Lösung" betrachtet (gemäss Medienmitteilung vom 7. März 2003).

Die vom Bundesrat gemachte Aussage, "insoweit erweist sich eine bilateral oder regional beschränkte (z. B. EU- oder EWR-weite) Zulassung von Parallelimporten (einseitig oder aber durch vertragliche Vereinbarung der Reziprozität mit einzelnen Staaten, beispielsweise den EU-Mitgliedstaaten) als letztlich mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar" (Bericht des Bundesrates der Schweiz über Parallelimporte und Patentrecht vom 8. Mai 2000), beruht gemäss des vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Gutachtens auf folgenden "Missverständnissen" (Parallelimporte: Erschöpfung des Patentrechtes, im Auftrag des Bundesrates, Prof. Dr. h.c. Joseph Straus und Dr. Paul Katzenberger, München, 15. April 2002, S. 43). "Eine gesetzliche Regelung der regionalen Erschöpfung oder ein entsprechendes Abkommen diskriminiert nicht nach der Nationalität des Patentinhabers, sondern territorial nach dem Staat, in dem die in der Schweiz patentgeschützten Erzeugnisse erstmals in Verkehr gebracht worden sind." (id. S. 43)

"Ein weiteres Missverständnis bezieht sich auf den Schutzgehalt der Prinzipien der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung Wenn in der wörtlich zitierten Textstelle davon die Rede ist, dass bei einer Entscheidung für eine übernationale Erschöpfung "den Rechtsinhabern aus sämtlichen WTO-Mitgliedstaaten die entsprechenden Rechtsvorteile ohne Gegenrecht zu gewähren seien, so ist dies vor dem Hintergrund der derzeit in der Schweiz anerkannten nationalen Erschöpfung zu verstehen. Letzterer gegenüber führt die übernationale Erschöpfung aus der Sicht des Rechtsinhabers nicht zu einem Vorteil, sondern zu einem Nachteil, nämlich zu einem geringeren Schutz gegenüber Parallelimporten." (id. S. 44)

Daraus zieht das Gutachten folgende Schlüsse:

"Mit den wörtlich zitierten Argumenten kann demzufolge die Möglichkeit, in der Schweiz die regionale Erschöpfung etwa im Verhältnis zur EU und zum EWR einzuführen, nicht verneint werden." (id. S. 45)

In Bezug auf eine nach Produkten differenzierende Erschöpfungslösung erwähnt das Gutachten Folgendes: "Eine nach Produkten differenzierende Erschöpfungslösung ist grundsätzlich sowohl mit dem Trips-Übereinkommen als auch mit dem Gatt 1994 vereinbar.

Aus den Patent-Anmeldeübereinkommen (PCT und EPÜ), der Pariser Verbandsübereinkunft und sämtlichen untersuchten Freihandelsabkommen ergeben sich diesbezüglich keine Bindungen der Schweiz." (id. S. 63)

In Bezug auf eine nach Märkten bzw. Ländern differenzierende Erschöpfungslösung heisst es:

"Eine nach Märkten bzw. Ländern differenzierende Erschöpfungslösung verstösst in Form der Einführung der regionalen Erschöpfung im Verhältnis zur EU und zum EWR gegen das Trips-Meistbegünstigungsprinzip zulasten der EU-/EWR-Angehörigen und kann daher nicht einseitig, sondern nur durch Vereinbarung eingeführt werden. Der gleichfalls vorliegende Verstoß gegen das Gatt 94-Meistbegünstigungsprinzip, nunmehr gegenüber den Angehörigen von Drittstaaten, kann durch qualifizierte Vereinbarung mit EU und EWR vermieden werden Aus den übrigen untersuchten Abkommen ergeben sich keine Bindungen der Schweiz." (id. S. 63)

Nachdem die vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Gutachten unmissverständlich zum Schluss kommen, dass die Einführung einer regionaleuropäischen Erschöpfung im Patentrecht juristisch möglich und volkswirtschaftlich sinnvoll ist, und nachdem auch die OECD und die Weko eine in dieselbe Richtung weisende Empfehlung an die Schweiz und an den Bundesrat abgegeben hat, darf vom Bundesrat erwartet werden, dass er im Sinne einer Stärkung der Kaufkraft der Konsumenten und Konsumentinnen sowie einer Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Exportwirtschaft sowie der KMU die Aufnahme der notwendigen Verhandlungen prüft.

Stellungnahme des Bundesrates 12.05.2004

Die mit dem vorliegenden Postulat unterbreitete Fragestellung bildet bereits den Gegenstand des von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates am 24. Juni 2003 eingereichten Postulates 03.3423, "Bericht zur regionalen Erschöpfung im Patentrecht", das der Bundesrat am 10. September 2003 entgegengenommen hat. Der Bericht ist derzeit in Bearbeitung und wird bis Ende 2004 fertig gestellt werden. Angesichts der Identität der beiden Vorstösse braucht kein gesonderter Bericht ausgearbeitet zu werden, der ausserdem zusätzliche Kosten verursachen würde, auch wenn sich der Bundesrat bereit erklärt, das vorliegende Postulat entgegenzunehmen.

Erklärung des Bundesrates 12.05.2004

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

Chronologie:

07.06.2004 SR Annahme.

Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

Zuständig Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Mitunterzeichnende [Béguelin Michel](#) - [Berset Alain](#) - [Brändli Christoffel](#) - [David Eugen](#) (4)

Deskriptoren Patentrecht; Parallelimport; internationales Wirtschaftsrecht; Europäischer Wirtschaftsraum; Einfuhrpreis; Vertrag mit der EU; 15; 10;

 Home

Allegato 4: Definizioni

Accordi verticali

Gli accordi verticali o gli accordi verticali in materia di concorrenza sono convenzioni o pratiche concertate da due o più imprese di livello economico diverso. Le imprese di livello economico diverso producono prodotti complementari, ossia prodotti che si completano. Un esempio di accordo verticale è quello concluso fra il fabbricante di automobili e il rivenditore i quali fissano le condizioni alle quali il rivenditore riceve e vende le automobili. Le imprese che producono prodotti complementari non sono dunque in concorrenza fra loro.

Arbitraggio

Perseguimento di profitti tramite lo sfruttamento delle differenze di prezzo per un prodotto identico sui diversi mercati.

Autore

L'autore è la persona fisica che crea un'opera. Sono opere, indipendentemente dal valore o dalla destinazione, le creazioni dell'ingegno letterarie o artistiche che presentano un carattere originale.

Diritto dei brevetti

Il diritto dei brevetti protegge le invenzioni. Il brevetto è la ricompensa per un'invenzione realizzata nonché l'incentivo per l'attività di ricerca e di sviluppo in tutti i campi della tecnica e delle scienze naturali. Il brevetto è rilasciato da uno Stato (p.es. dalla Svizzera) a determinate condizioni. Esso protegge il suo titolare, per un periodo massimo di 20 anni, dall'impiego professionale che un terzo potrebbe farne all'interno del Paese. Il brevetto preclude quindi a terzi la possibilità di utilizzare commercialmente l'invenzione brevettata senza tuttavia conferire al suo titolare il diritto di farne effettivamente uso. Se, e a che condizioni, ciò è possibile dipende dagli interessi di protezione nazionale contenuti in altre leggi. Il brevetto e l'autorizzazione allo sfruttamento non sono quindi la stessa cosa. Perché l'invenzione sia protetta anche all'estero occorre che nei Paesi che entrano in linea di conto l'invenzione sia brevettata. Scaduto il lasso di tempo entro cui è garantita la protezione, chiunque può copiare l'invenzione e utilizzarla liberamente.

Esaurimento

Il diritto immateriale conferisce al proprietario di un prodotto il diritto esclusivo di decidere in che momento, in quale Paese, a che prezzo e in che modo mettere per la prima volta in circolazione (p.es. vendere) il suo prodotto. Non appena il titolare del diritto di protezione o un terzo con il

suo consenso mette in circolazione per la prima volta la merce protetta dal diritto immateriale, i suoi diritti sull'oggetto sono utilizzati, consumati o per l'appunto esauriti.

Esaurimento differenziato per prodotti

Nel caso dell'esaurimento differenziato per prodotti, alcuni gruppi di prodotti sono soggetti all'esaurimento nazionale (p.es. per tutti i medicinali della medicina umana), altri all'esaurimento internazionale (p.es. macchine). Nell'ambito di uno stesso diritto immateriale quindi l'esaurimento non è disciplinato in modo unitario.

Esaurimento internazionale

Il diritto di protezione si estingue sul territorio nazionale indipendentemente dal fatto che la prima immissione in commercio da parte del titolare del diritto di protezione o di terzi con il suo consenso avvenga sul territorio nazionale o all'estero. In altre parole, se il titolare del diritto di protezione o un terzo con il suo consenso mette in circolazione all'estero un prodotto protetto da diritti immateriali, egli non può più impedire che il prodotto venga importato e commercializzato sul territorio nazionale. Importazioni parallele dall'estero verso il territorio nazionale sono così possibili.

Esaurimento nazionale

Il diritto di protezione si esaurisce solo nel Paese nel quale il prodotto è messo in circolazione per la prima volta. In altre parole, quando un prodotto protetto da diritti immateriali è messo in circolazione nel territorio nazionale, il titolare del diritto di protezione non può più impedire che il prodotto venga commercializzato all'interno del Paese. Se un prodotto protetto da diritti immateriali è messo in circolazione all'estero, i diritti immateriali nel territorio nazionale non sono toccati. L'importazione del prodotto dall'estero necessita pertanto del consenso del titolare del diritto di protezione. Importazioni parallele dall'estero verso il territorio nazionale non sono dunque possibili senza il consenso del titolare del diritto di protezione.

Esaurimento regionale

Nel caso dell'esaurimento regionale, il diritto di protezione si estingue negli Stati di uno spazio economico comune (p.es. UE, SEE) solo quando la prima immissione in commercio da parte del titolare del diritto di protezione o da parte di terzi con il suo consenso avviene in seno a tale spazio. In altre parole, quando un prodotto protetto da diritti immateriali è messo in circolazione la prima volta nell'UE o nell'SEE il titolare del diritto non può più proibire la commercializzazione in seno alle aree economiche anzidette. Il suo diritto circa la prima immissione in commercio nell'UE o nell'SEE è dunque esaurito. Ciononostante il titolare del diritto di protezione può vietare le importazioni del suo prodotto verso l'UE o l'SEE da Paesi al di

fuori di questi due spazi. Importazioni parallele sono possibili solo in seno allo spazio economico considerato.

Hors-liste

Si riferisce ai medicinali non contemplati dall'elenco delle specialità.

Importazioni parallele

Quando il prezzo di una merce varia da un Paese all'altro si assiste al fenomeno delle importazioni parallele. Quanto più sono marcate le differenze di prezzo tanto più è probabile che un commerciante sia stimolato ad approfittarne acquistando grosse quantità di merce in un Paese in cui sono praticati prezzi bassi per poi importarle in un Paese a prezzi elevati e rivenderle in concorrenza con le merci distribuite dal produttore. Al riguardo va fatta una netta distinzione tra:

Importazione parallele in senso stretto

Il commercio internazionale di merci può essere limitato sulla base di diritti immateriali (marchi, diritti d'autore, disegni o brevetti). Per sapere se è possibile e in che misura, occorre rispondere a due domande: la merce scambiata è (ancora) protetta da diritti immateriali? Il diritto nazionale consente al titolare di tali diritti (ossia del diritto di protezione) di opporsi (principio dell'esaurimento nazionale) o no (principio dell'esaurimento internazionale) alle importazioni? Si hanno importazioni parallele in senso stretto quando una merce protetta da diritti immateriali (p.es. jeans di marca, CD musicali, mobili di designer, farmaci, apparecchi fotografici), che è stata messa in circolazione all'estero dal titolare del diritto di protezione, viene importata da un commerciante in un Paese a prezzi elevati nel quale anche il titolare del diritto di protezione distribuisce la sua merce e il diritto nazionale non consente a quest'ultimo di opporsi a tali importazioni sulla base dei suoi diritti immateriali.

Importazioni parallele in senso lato

In alcuni settori, l'importazione di determinate merci dall'estero è vincolata a un'omologazione o a un'autorizzazione nazionale il cui obiettivo è tutelare gli interessi di protezione nazionale quali la sicurezza e la salute della popolazione. Così, ad esempio, l'importazione di farmaci necessita di un'omologazione dello Stato al fine di escludere eventuali rischi per la salute dei pazienti. La situazione è simile per l'importazione di armi, di veleni e di prodotti geneticamente modificati. In tutti questi casi è necessaria un'autorizzazione allo sfruttamento rilasciata dallo Stato affinché sia possibile importare tali prodotti in Svizzera o immetterli sul mercato. Gli interessi nazionali superiori che giustificano una limitazione del commercio, come in materia di salute, vengono definiti nell'ambito del processo politico tenendo conto delle conoscenze scientifiche. Le

restrizioni al commercio che ne derivano fanno stato indipendentemente dall'esistenza di diritti immateriali. In questo contesto il termine importazioni parallele viene utilizzato quando le merci soggette all'obbligo d'autorizzazione vengono importate senza una separata procedura di ammissione all'interno del Paese o nell'ambito di una procedura agevolata, se all'estero è prevista una procedura equivalente.

Marchio

Il marchio è un segno atto a distinguere i prodotti o i servizi di un'azienda da quelli di un'altra azienda. Parole, lettere, cifre, rappresentazioni grafiche, forme tridimensionali, sole o combinate tra loro oppure con colori, possono in particolare costituire marchi.

Mercati liberi e mercati regolamentati (o regolati)

Nei mercati liberi i prezzi dei prodotti sono essenzialmente determinati dalla domanda e dall'offerta. Lo Stato non ha alcun influsso sulla formazione dei prezzi. Nei mercati regolamentati è lo Stato a determinare i prezzi fissandoli direttamente, o stabilendo una banda di prezzo o ancora decretando un prezzo massimo. Tipico esempio di un mercato regolamentato dallo Stato è quello dei medicinali.

Allegato 5

Link sui riassunti dei principali studi economici citati

Importazioni parallele e diritto dei brevetti, Rapporto del Consiglio federale, novembre 2002
http://www.evd.admin.ch/imperia/md/content/dossiers/importations_paralleles/i/BERICHT_PARALLELIMPORTE_IT.pdf

Parallel Imports A Swedish Study on Effects of the Silhouette Ruling, 2001
http://www.kkv.se/eng/publications/pdf/rap_1991-1_eng.pdf

London School of Economics, The Economics of Pharmaceutical Parallel Trade in European Union Member States: A Stakeholder Analysis, London, 2004(Key Study Findings)
<http://www.lse.ac.uk/collections/pressAndInformationOffice/newsAndEvents/archives/2003/Key%20study%20findings%20-%20final.doc>

York Health Economics Consortium, Benefits to Payers and Patients from Parallel Trade, 2003
http://www.york.ac.uk/inst/yhec/downloads/ParallelTrade_ExecSumm.pdf

Plaut/Frontier Economics, Erschöpfung von Eigentumsrechten: Auswirkungen eines Systemwechsels auf die Schweizerische Volkswirtschaft, 2002
http://www.evd.admin.ch/imperia/md/content/dossiers/importations_paralleles/d/Studie_Systemwechsel_und_Anhang.pdf

Plaut Economics, Auswirkungen eines Wechsels zur regionalen Erschöpfung im Patentrecht, 2004
http://www.evd.admin.ch/imperia/md/content/dossiers/importations_paralleles/d/regionale_erschopfung_im_patentrecht.pdf

Infras/Basys, Auswirkungen staatlicher Eingriffe auf das Preisniveau im Bereich Humanarzneimittel, 2002
http://www.evd.admin.ch/imperia/md/content/dossiers/importations_paralleles/d/Studie_Humanarzneimittel.pdf?PHPSESSID=e2f5ba8cd2850fc2246ebfb33bfd91a8